

POSITION

**Bundesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V.**

Büro Düsseldorf
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf

Büro Berlin
Chausseestraße 128/129, 10115 Berlin

Fon 0211 94485-0
bagkjs@jugendsozialarbeit.de
www.bagkjs.de

Gute Lebensperspektiven für junge Menschen: Beteiligung stärken, Strukturen sichern und gerechten Klimaschutz umsetzen

Die körperliche, geistige und seelische Verfassung vieler junger Menschen in der andauernden und vielschichtigen Krise bleibt besorgniserregend. Der Klimanotstand, der Krieg in Europa, die globale Pandemie, die daraus folgende angespannte wirtschaftliche und soziale Situation, der wachsende Druck auf demokratische Gesellschaften und die notwendigen Transformationsprozesse wirken messbar auf das Leben junger Menschen. Stress, Angst und Resignation bei jungen Menschen sind Symptome, die es ernst zu nehmen gilt. Zugleich begegnen viele junge Menschen diesen Symptomen immer stärker mit Gelassenheit, Mut und Hoffnung. Das verdient Respekt, Anerkennung und Unterstützung.

Junge Menschen mit ihren Sorgen und mit ihren Hoffnungen müssen darauf vertrauen dürfen, dass sie ernst genommen, beteiligt, begleitet und bestärkt werden. Das gilt besonders für sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen, also junge Menschen mit ungünstigen Voraussetzungen. „Es ist Zeit, mehr Rücksicht auf die junge Generation zu nehmen, ihr eine Stimme zu geben und Gehör zu verschaffen“, fordert das Bündnis für die junge Generation. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit fordert in diesem Zwischenruf:

- Die (politische) Beteiligung junger Menschen als zentralen Faktor stärken, um die Demokratie als Grundlage einer freien Gesellschaft zu erhalten.
- Strukturen der Begleitung für junge Menschen langfristig sichern, um die individuelle und gemeinschaftliche Resilienz zu stabilisieren.
- Wirkungsvollen und gerechten Klimaschutz umsetzen, um die Erde für eine lebenswerte Zukunft zu bewahren.

Mitgliedsorganisationen Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Bundesstelle e.V., Deutscher Caritasverband e.V.; Deutsche Provinz der Salesianer Don Boscos; IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit – Deutschland e.V.; Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration (KAM); Kolpingwerk Deutschland – Bundesverband; Sozialdienst Katholischer Frauen, Zentrale e.V.; Verband der Kolpinghäuser e.V.; Sieben Landesarbeitsgemeinschaften in: Baden-Württemberg; Bayern; Berlin/Brandenburg; Nordrhein-Westfalen; Niedersachsen/Bremen/Hamburg/Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern; Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland; Thüringen

POSITION

(Politische) Beteiligung junger Menschen stärken

Was wirksames staatliches und persönliches Handeln ausmacht, ist eine zentrale Frage in einer Krise. Über Ursachen muss miteinander beraten und über Lösungen demokratisch entschieden werden. Die Teilhabe aller an diesem Verhandlungsprozess für den Konsens und die nachhaltige Wirkung der beschlossenen Maßnahmen sind dafür entscheidend. Teilhabe aller meint deswegen explizit: Junge Menschen werden ausnahmslos beteiligt. Dadurch entsteht ein doppelter Effekt. Erstens spielen die Bedarfe und Vorschläge der jungen Menschen eine wesentliche Rolle im Diskurs und bei demokratischen Entscheidungen. Zweitens bietet der Beteiligungsprozess Selbstwirksamkeitserfahrung, Verantwortungsübernahme und damit eine Stärkung der Persönlichkeit. Voraussetzung ist, dass bei allen Formen der Beteiligung die Qualitätskriterien für wirksame Kinder- und Jugendbeteiligung umgesetzt werden¹, die unter anderem von der Bundesregierung formuliert wurden. Die Bundespolitik selbst muss auch bei ihren eigenen Beteiligungsformaten diesen Ansprüchen gerecht werden und regelmäßig den Dialog mit jungen Menschen in deren Lebensumfeld suchen.

Erfahrungen aus Beteiligungsprozessen wirken auf die Einstellung junger Menschen zur Demokratie. Eine Haltung zur Demokratie entsteht, wenn sie unterschiedliche Formen und Methoden von Beteiligung in vielfältigen Bezügen erleben und reflektieren können; zum Beispiel in der Schule, in Übergängen zur Ausbildung und in der Ausbildung selbst, in Angeboten der Jugendsozialarbeit wie der Jugendberufshilfe – vor allem aber in ihrem direkten Lebensumfeld.

Eine starke Demokratie braucht engagierte junge Bürger*innen, die ihre Teilhabe als gut bewerten und die sich aktiv gegen demokratiefeindliche Entwicklungen stellen: gegen Populismus, Diskriminierung und Hass. Zur Demokratiebildung gehört, Teilhabe zu erfahren, Werte und Haltungen zu entwickeln sowie Regeln und Gesetze für das Miteinander gemeinsam auszuhandeln. Das geschieht auch in den Angeboten der Jugendsozialarbeit.

Auf kommunaler Ebene, auf Landesebene und auf Bundesebene ist das Recht auf Beteiligung junger Menschen an demokratischen Wahlen überfällig. Junge Menschen müssen spätestens ab 16 Jahren mit ihrem Wahlrecht die Zusammensetzung von Parlamenten und damit relevante demokratische Entscheidungen über Gesetze und Finanzen mit großem Einfluss auf ihr Leben und ihre Perspektiven mitbestimmen können. Die Jugendsozialarbeit leistet ihren Beitrag, junge Menschen in ihren demokratischen Kompetenzen zu

¹ vgl. Mitwirkung mit Wirkung - Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung, Berlin 2022, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/mitwirkung-mit-wirkung-qualitaetsstandards-fuer-kinder-und-jugendbeteiligung-204012> (abgefragt am 25.04.2023)

POSITION

stärken und zu befähigen. Für diese Aufgabe braucht sie politische Unterstützung und öffentliche Fördermittel.

Begleitende Strukturen langfristig sichern

Eine starke Jugendsozialarbeit vor Ort ist besonders für junge Menschen mit ungünstigen Voraussetzungen notwendig, beispielsweise jenen, die von sozialer und persönlicher Benachteiligung betroffen sind. Im Kontext Schule oder im Übergang zu Ausbildung und Beruf begleiten Jugendsozialarbeiter*innen junge Menschen in belasteten und benachteiligten Lebenslagen auf dem Weg der Emanzipation und persönlichen Entwicklung zur Selbstbestimmung. Sie unterstützen junge Menschen, Haltung und Orientierung zu finden, damit sie aktives Mitglied in der Gesellschaft sein können.

Dem wachsenden Bedarf an Beratung und Begleitung von jungen Menschen mit ungünstigen Voraussetzungen können die Träger der Jugendsozialarbeit aus eigenen Mitteln jedoch immer weniger entgegensetzen: Die Zahl der schulmüden Kinder und Jugendlichen steigt ebenso wie die Zahl der Ausbildungsplatz-Suchenden mit besonderem Unterstützungsbedarf, die Zahl der wohnungslosen jungen Menschen oder die Zahl der geflüchteten Jugendlichen. Diese jungen Menschen brauchen in ihrer Lebenslage kontinuierliche, belastbare und verlässliche sozialpädagogische Begleitung.

Gleichzeitig ist die Jugendsozialarbeit selbst unter Druck: Das Arbeitsfeld ist geprägt von kurzfristigen Projektfinanzierungen und Modellprojekten. Die Finanzierung aus unterschiedlichen staatlichen Quellen schließt eine Kombination der Fördermittel häufig aus. Bereiche wie die Jugendberufshilfe beispielsweise sind überdies nach einer marktwirtschaftlichen Vergabelogik organisiert. Das Finanzierungsrisiko und das personelle Risiko sind auf die Träger verlagert. Der bürokratische Aufwand von Antragstellung und Mittelverwendung belastet die sozialpädagogisch notwendige Arbeit. Bürokratie schränkt damit die Begleitung junger Menschen erheblich ein.

Durch einen erkennbaren Fachkräftemangel werden die Beratungs- und Begleitungsbedarfe junger Menschen künftig kaum zu erfüllen sein. Es fehlen bereits heute Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen, um das gesamte Spektrum der Jugendsozialarbeit ausreichend personell auszustatten. Digitale Angebote bergen das Potenzial, Unterstützungsangebote für junge Menschen zu ergänzen – beispielsweise Chatbots bei Bewerbungen – oder Fachkräfte bei Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben zu entlasten. Dazu muss das Arbeitsfeld jedoch entsprechend digital ausgestattet sein und die Fachkräfte qualifiziert werden. Grundlegend für die Jugendsozialarbeit bleibt in erster Linie das personale Angebot.

Die langfristige, auskömmliche Finanzierung der Jugendsozialarbeit ist umso mehr eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Träger und Fachkräfte brauchen deutliche Signale,

POSITION

dass ihre am Gemeinwohl orientierte Arbeit anerkannt und die Strukturen der Jugendsozialarbeit langfristig abgesichert und auf neue Entwicklungen vorbereitet werden. Fachkräfte brauchen selbst Perspektiven, damit sie jungen Menschen bei deren Suche nach Perspektiven begleiten können.

Klimaschutz wirkungsvoll und gerecht gestalten

Von der Bewahrung der Schöpfung hängt in Gegenwart und Zukunft wesentlich ab, ob und wie alle Menschen friedlich und solidarisch zusammenleben, sich ernähren, wohnen, lernen, arbeiten sowie das Miteinander kreativ gestalten können. Das wissen und fühlen viele, besonders junge Menschen – unabhängig von ihren persönlichen Voraussetzungen.

Weltweite Pandemie und der Krieg in Europa haben den Fokus auf einen wirkungsvollen und gerecht gestalteten Klimaschutz überlagert. Gerade junge Menschen in benachteiligten Lebenslagen spüren jedoch die Folgen des Klimawandels und des sozial-ökologischen Transformationsprozesses in besonderer Weise. Wenn Ressourcen knapp und teuer werden, bleiben nur Verzicht und Abhängigkeit vom solidarischen Handeln anderer. Die persönliche Freiheit wird beschnitten, es wachsen Not sowie Perspektivlosigkeit und damit Stress, Angst sowie Resignation.

Angebote zur Förderung von mentaler Gesundheit, Tafeln oder Lebensmittel-Spenden, Kostenübernahmen zum Beispiel bei Mieten und Energieausgaben, weitere staatliche Leistungen wie eine Grundsicherung sind wichtige Instrumente, um die akute prekäre Situation zu stabilisieren. Eine gemeinwohlorientierte Gesundheitsvorsorge und -versorgung, niedrige Preise für qualitativ hochwertige Lebensmittel, finanzierbarer Wohnraum in Städten oder eine regenerative und krisenresiliente Energieversorgung wirken dagegen langfristig und schaffen Gerechtigkeit jenseits persönlicher Voraussetzungen.

Klimapolitik sollte sich an den Prinzipien Subsidiarität, Solidarität und Gemeinwohl (vgl. Oswald von Nell-Breuning: Baugesetze der Gesellschaft²) orientieren:

Subsidiaritätsprinzip: In städtischen Quartieren und ländlichen Regionen lassen sich Bedarf und Versorgung ideal aufeinander abstimmen. Können Quartiere und Regionen dies nicht eigenständig leisten, sollten übergeordnete staatliche und zivile Einrichtungen die Aufgaben absichern oder übernehmen. Vernetztes Denken und Handeln sind für das Subsidiaritätsprinzip eine bedeutende Grundlage. Eine ökologisch ausgerichtete Planungspolitik auf kommunaler Ebene, flankiert von bundes- oder europaweiten Rahmengesetzen und Förderprogrammen, kann beispielsweise gezielt ein gesundes Lebensumfeld dort

² Nell-Breuning, Oswald: Baugesetze der Gesellschaft. Solidarität und Subsidiarität, Herder, Freiburg/Basel/Wien, Neuauflage 1990

POSITION

befördern, wo benachteiligte Menschen leben. Die spanische Stadt Barcelona gibt ein Beispiel mit ihrem Stadtentwicklungskonzept „Superilles“ (Superblocks)³. Ziele sind weniger Verkehr, mehr Grün und mehr Lebensqualität in dicht besiedelten Quartieren, erreicht wird dies unter Beteiligung der Menschen, die in den Quartieren leben – oft junge Menschen mit ungünstigen Voraussetzungen.

Solidaritätsprinzip: Das Handeln jedes Individuums hat Konsequenzen für das Klima und zugleich hat gemeinschaftlich vereinbartes Handeln Konsequenzen. Die wechselseitige Verantwortung von Individuum und Gemeinschaft, Bürger*in und Staat, ist für die Rettung des Planeten Erde elementar. Weder Einzelne noch Staat dürfen sich aus dieser Verantwortung stellen. Suffizienz ist für das Solidaritätsprinzip eine wesentliche Grundlage. Ein Tempolimit in Städten und auf Autobahnen zum Beispiel reduziert laut zahlreicher wissenschaftlicher Studien den Ausstoß von CO² erheblich. Die Einschränkung individueller Freiheit beim Gebrauch des Autos würde die gemeinschaftliche Freiheit beim Verbrauch von Ressourcen erweitern – insbesondere für junge Menschen, die lediglich eingeschränkten Zugang zum motorisierten Individualverkehr haben. Ebenso zielen staatliche Förderprogramme für persönlichen Besitz oder individuelle Auto-Mobilität in die falsche Richtung. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, möglichst kostenlos besonders für junge Menschen unabhängig von persönlichen Voraussetzungen, wäre eine konsequente Umsetzung des Solidaritätsprinzips.

Gemeinwohlprinzip: Das Beste für alle sollte über bloßen Einzel- oder speziellen Gruppeninteressen stehen. Dieses zentrale Sozialprinzip der katholischen Soziallehre kann – auf den Klimaschutz übertragen – bedeuten: Eine Alternative zum wirtschaftlichen Wachstum entwickeln. Im Dialogprozess „Gut leben in Deutschland“ haben Bürger*innen und Regierung 2017 elf Indikatoren entwickelt, die Orientierung geben können. Dazu zählen unter anderem: Zusammenhalt, gut arbeiten und gerecht teilhaben, Natur erhalten und Umwelt schützen, gleichberechtigt leben, gesund bleiben, ein sicheres Einkommen erhalten. Wirtschaft stärken und in die Zukunft investieren zählt auch dazu – als einer von elf Indikatoren⁴. Unbestritten braucht ein Gemeinwesen Handwerk, Handel und Industrie, Landwirtschaft sowie Dienstleistungen, damit Menschen Einkommen verdienen und der Staat Steuern für seine vielfältigen Aufgaben erheben kann. Die Wirtschaft wiederum braucht Ressourcen, um Lebensmittel, Güter, Energie und Infrastruktur bereitzustellen und zu erhalten. Der Verbrauch natürlicher Ressourcen und die Risiken aus ihrem Nutzen müssen jedoch dem maximalen Nutzen aller gegenübergestellt und gerecht verteilt sein. Die Energieversorgung zum Beispiel sollte mit öffentlichem Geld als öffentliches Gut bereitgestellt werden, dabei konsequent auf regenerative Quellen setzen und kommunal

³ <https://www.barcelona.de/de/barcelona-superblocks.html>

⁴ vgl. <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/index.html>

POSITION

statt marktwirtschaftlich aufgestellt sein – zum Wohle aller im Gemeinwesen. Damit wird insbesondere die Teilhabe und Perspektive junger Menschen in prekären Lebenslagen verbessert.

Fazit

Eine Krise bietet die Chance der Reflexion. Die Erkenntnisse wiederum bieten Anlass zur Weiterentwicklung oder zu Innovation. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit ist überzeugt, dass die Zukunft der Gesellschaft davon abhängt, welche Perspektiven und Chancen sie allen jungen Menschen eröffnet und welchen Raum zur Partizipation sie ihnen bereitstellt.

Das Aufwachsen bleibt für viele junge Menschen eine besondere Herausforderung. Prekäre Lebenssituationen und Armutserfahrungen nehmen zu, die psychische Gesundheit ist gefährdet, Zugänge zu Bildungsangeboten sind nicht ausreichend gerecht, der gesellschaftliche Zusammenhalt gerät unter Druck. Das alles verstellt bei vielen jungen Menschen den Blick in die Zukunft. Umso mehr müssen Lebensperspektiven, Hoffnungen und Erwartungen junger Menschen ernst genommen und gestärkt werden:

- durch ernsthafte (politische) Beteiligung
- durch verlässliche und auskömmlich finanzierte Strukturen der Begleitung zur Inklusion und Emanzipation,
- durch wirksame und gerechte Maßnahmen zum Klimaschutz.

Bensberg, den 25. Mai 2023
Mitgliederversammlung der BAG KJS

Fachliche Ansprechperson für diese Position:
Michael Scholl
Grundlagenreferent der BAG KJS
michael.scholl@bagkjs.de